

Aufruf von Mitgliedern in Thüringer Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen

Direkte Demokratie in Kommunen ausbauen, Ratsbegehren und Alternativvorschlag einführen!

2009 hat der Thüringer Landtag faire Regeln für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide beschlossen. Vorausgegangen war das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, das 250.982 Menschen unterzeichnet hatten. In der Tat ist es seither viel leichter, Bürgerbegehren zu starten: Die meisten Themen sind jetzt zugelassen, die Hürden sind gesenkt, die Fristen moderat. Dennoch gibt es Reformbedarf. Die Kommunalordnung bietet an manchen Stellen missverständliche Vorschriften, manches ist gar nicht geregelt. Die Landesregierung will das angehen. Dabei sollten aber nicht nur juristische Defizite ausgeglichen, sondern die Bürgerbegehren sollten auch weiterentwickelt werden. Mit zwei Forderungen sollen die Rechte der Gemeinde- und Stadträte sowie der Kreistage gestärkt werden.

Die Einführung des Ratsbegehrens: Es gibt Schicksalsfragen für eine Gemeinde oder einen Landkreis, die der Gemeinde- oder Stadtrat bzw. der Kreistag nicht allein entscheiden möchte. Dann sollte er die Möglichkeit haben, mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen, dass die Frage der ganzen Bürgerschaft in einem Bürgerentscheid vorgelegt wird. In Bayern beispielsweise, wo diese Möglichkeit seit 1995 besteht, geht ein Viertel aller Bürgerentscheide auf so genannte Ratsbegehren zurück.

Die Möglichkeit eines Alternativvorschlages: Ist ein Bürgerbegehren zulässig, also ist die notwendige Zahl an Unterschriften zusammen, muss sich der Gemeinde- oder Stadtrat bzw. Kreistag mit dem Thema befassen. Beschließt er das Begehren, ist die Initiative am Ziel, lehnt er ab, kommt es zum Bürgerentscheid. „Dazwischen“ gibt es nichts. Dem Gemeinderat bzw. Kreistag sollte es aber möglich sein, beim Bürgerentscheid einen eigenen Vorschlag mit zur Abstimmung zu stellen. So könnten sich die Bürgerinnen und Bürger zwischen zwei Varianten entscheiden.

Ich bin Mitglied eines Gemeinde-/Stadtrates/Kreistages und unterstütze die Forderungen des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen zur Einführung des Ratsbegehrens und des Alternativvorschlages.

Vorname	Name	Mitglied im Gemeinde-/Stadtrat/Kreistag in
<input type="checkbox"/> Ich möchte weiter über die Aktion informiert werden.		E-Mail-Adresse
	Datum	Unterschrift

Der Aufruf mit den Namen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner soll dem Innenminister übergeben und im Internet veröffentlicht werden.

Bitte zurücksenden an: Mehr Demokratie, Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt,
Fax: 03212-1090414 oder 03691-212886